
Udo Ernst Simonis

Ökologische Modernisierung der Wirtschaftspolitik

Prof. Dr. Udo Ernst Simonis, geb. 1937 in Hilgert (Rheinland), gelernter Bäcker und Konditor, Studium der Ökonomie in Mainz, Wien und Freiburg, Assistent an der Universität Kiel; Lehr- und Forschungsaufenthalte in Hongkong und Japan, Berater des Präsidenten von Zambia; Professor für Ökonomie an der TU Berlin, seit 1981 Direktor des Internationalen Instituts für Umwelt und Gesellschaft (IIUG) am Wissenschaftszentrum Berlin.

1. Zwei Ausgangsthesen

„Weder die ökonomische noch die ökologische Stabilität ist hinreichend gewährleistet!“

Über den ersten Teil dieser situationsbezogenen These herrscht allgemeines Einverständnis quer durch alle Lager der Ökonomen. Die Grundlage dieser Übereinstimmung ist leicht zu ermitteln: Bei allen Unterschieden in den Prioritäten ist man sich über die Ziele selbst im wesentlichen einig. Man will Wachstum (angemessen soll es sein); man will (möglichst) Vollbeschäftigung; das Preisniveau soll (in etwa) stabil bleiben und die Zahlungsbilanz soll (möglichst) ausgeglichen sein. Mit gewissen Abstrichen sind alle diese Ziele in den meisten Ländern aber nicht erfüllt - die ökonomische Stabilität ist nicht gewährleistet.

Der zweite Teil der These hat keine konsenshafte Grundlage: Niemand, so scheint es, hat bisher hinreichend plausibel und umfassend definiert, was ökologische Stabilität ist. Daß sie gefährdet, nicht gegeben, zunehmend gefährdet

ist, dafür mag es genügend Belege geben. Doch einen anerkannten Indikator der ökologischen Stabilität, der Umweltstabilität, gibt es bisher nicht.

Entsprechend komplex ist die wirtschaftspolitische These, die ich meinen Ausführungen zugrundelegen will:

„Wirtschaftliche Entwicklung ist (langfristig) nicht ohne eine stärkere ökologische Orientierung der Wirtschaftspolitik möglich - jede (kurzfristige) Suche nach einem ökonomischen Gleichgewicht muß auch das Bestreben nach Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts beinhalten!“

Diese These dürfte aus historischer Sicht vielfach belegt sein. Was die Gegenwart betrifft, so vergeht anscheinend kein Tag, an dem nicht neue Belege dafür geliefert werden. „Das Nachzahlen hat begonnen“ - schrieb Christian Schütze in einem Essay „Zur Lage der Natur in der Nation“.¹ Die Gesamtsumme der öffentlichen und privaten Investitionen für Umweltschutz seit 1971 wird für die Bundesrepublik auf rund 150 Milliarden DM geschätzt. „Das Nachzahlen ist bereits in vollem Gange“ - so würde ein Umweltökonom den Tatbestand der Nach-Behandlung der akkumulierten - und sich weiter akkumulierenden - externen Effekte der Produktion bezeichnen. Milliarden für den Umweltschutz sind nicht nur eine (kurzfristige) Wohltat, sie sind offensichtlich eine pure Notwendigkeit zur (langfristigen) Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung.

2. Problemaufriß

Es gilt zunächst, zwei Fragen nachzugehen:

- Warum sollte Wirtschaftspolitik ökologisch ausgerichtet sein; reicht es nicht, wenn sie ökonomisch effizient ist?
- Wie könnte ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik aussehen?

Den ersten Fragenzusammenhang kann man mit einer Verneinung beginnen. Mein Thema berührt offensichtlich zwei Fachpolitiken: die alte, etablierte Wirtschaftspolitik und die relativ neue Umweltpolitik. Warum also nicht der Umweltpolitik, was der Umweltpolitik gehört, der Wirtschaftspolitik, was der Wirtschaftspolitik gehört? Nun, zunächst ist die Umweltpolitik gerade dabei, sich stärker zu ökonomisieren: „Einbau ökonomischer Instrumente in die Umweltpolitik“, „Eigeninteresse der Wirtschaft am Umweltschutz fördern“, so oder ähnlich lauten die Schlagzeilen. Doch werden nicht nur Zweifel an der

¹ „Das Nachzahlen hat begonnen, vom hessischen Ried bis nach Goslar, vom Bayerischen Wald bis zu den F--märkten von Cuxhaven“. Christian Schütze: Zur Lage der Natur in der Nation, in: Scheidewege, 11. Jg., 1. 1 S. 128-139, hier S. 139

ökonomischen Effizienz, sondern auch an der ökologischen Effektivität der praktischen Umweltpolitik vorgebracht.

Einige Stichworte hierzu:

- „Umweltpolitik ließe sich definieren als Gesamtheit der Ziele und Maßnahmen gesellschaftlicher Akteure, die den Umgang der Gesellschaft mit der Umwelt als natürlichem System regeln ... Da die Gesellschaft in ihrer Existenz letztlich von der natürlichen Umwelt und ihren Ressourcen abhängt, deckt Umweltpolitik prinzipiell alle Regeln ab, die den Umgang des Menschen mit der Natur zum Inhalt haben".² Die Praxis folgt einer solch weiten Definition *nicht*: Objektbereich der Umweltpolitik ist nur ein Teil der Beziehungen zwischen Umwelt und Gesellschaft. Umweltpolitik wird als „mediale" Politik, d. h. als Politik der Luft- und Wasserreinhaltung, des Lärmschutzes und der Abfallbeseitigung verstanden.
- Umweltpolitik ist auf Bundesebene und teilweise auch auf Länderebene nur als Fachpolitik der „zweiten Reihe" konzipiert. Sie ist auch *nicht* erkennbar integrationsfreudiger als andere Fachpolitiken.
- Die „mediale" Orientierung der Umweltpolitik läßt (mindestens) zwei Strukturfehler entstehen: das Problem der *medialen* Problemverschiebung und das Problem der *räumlichen* Problem Verlagerung. Beispiel: Hohe Schornsteine verringern die örtliche Lw/tbelastung im Ruhrgebiet, aber sie übersäuern die *Seen* und *Wälder* Skandinaviens.
- Die Ziele der Umweltpolitik sind nicht positiv, sondern zumeist negativ formuliert. Niemand sagt, um beim Beispiel zu bleiben, was „gute Luft" ist oder sein soll; man sagt statt dessen, wann an und für sich schon schlechte Luft physisch gefährlich wird.
- Die Instrumente der Umweltpolitik sind formal stark eingegrenzt - Auflagen und Belastungsstandards stehen im Vordergrund - und faktisch reaktiv orientiert. Es herrschen Rückhaltetechnologien im speziellen und nachsorgende Lösungsmuster im allgemeinen vor; präventive, vorsorgende Lösungen sind dagegen rar. Jüngstes Beispiel: Auch der Katalysator für das Auto wird *hinter* dem Motor eingebaut.
- Was die institutionell-organisatorische Seite angeht, so zeichnet sich Umweltpolitik im allgemeinen durch eine breite, vielfältige und teils traditionsreiche Trägerschaft aus. Neben den Teil-Ministerien und Bundes-Anstalten sind hier die Gewerbeaufsichtsämter, die Technischen Überwachungsvereine u.a.m. zu nennen. Den neuen *und* den alten Institutionen muß man (leider) aber sehr oft fehlende Durchsetzungskraft bescheinigen.

² Forschungsprogramm 1983-1987 des Internationalen Instituts für Umwelt und Gesellschaft (IIUG), Wissenschaftszentrum Berlin, 1983, S. 6

Hiermit sei die Skizze der praktischen Umweltpolitik abgeschlossen, die aufzeigen sollte, daß viele Möglichkeiten (und Notwendigkeiten) zu ihrer weiteren Verbesserung bestehen. Dies aber ist hier nicht mein eigentliches Thema. Es sollte auch nicht allein Thema sein aus dem folgenden Grunde: Den für Umweltschutz zuständigen Ressorts in Bund, Ländern und Gemeinden fehlt in der Regel der unmittelbare Einfluß auf jene Planungen, Entscheidungen und Investitionen in der Verkehrspolitik, der Energiepolitik, der Agrarpolitik und auch der Wirtschaftspolitik, die für die Qualität der Umwelt von ausschlaggebender Bedeutung sind. Die folgenden Überlegungen gelten also *nicht* den Möglichkeiten der ökonomischen Orientierung der Umweltpolitik, sondern den Möglichkeiten (und den Grenzen) der ökologischen Orientierung der Wirtschaftspolitik.

Winfried Vogt hat einmal gesagt: „Die vollendetste Form des Selbstbewußtseins der Gesellschaft. . . ist die ökonomische Theorie.“³ Angesichts der zu beobachtenden Spaltung der ökonomischen Theorie in mehrere Lager, die nicht nach Harmonie trachten, wird man sich dieser Aussage nicht unbedingt anschließen. Eines aber scheint gewiß: Die ökonomische Theorie ist ein Angelpunkt des gesellschaftlichen Selbstverständnisses, und Theorie und Praxis der Wirtschaftspolitik sind Spiegel der herrschenden Leitbilder der Gesellschaft. Hier zeigt sich jedoch sogleich eine erste Diskrepanz. Um es vereinfacht zu sagen: Die praktische Wirtschaftspolitik will vom Umweltthema bisher wenig wissen, trotz allem, was inzwischen über das steigende Umweltbewußtsein der Bevölkerung und die wachsenden Marktchancen der Umweltschutzindustrie bekannt ist. Etwas genauer gesagt: Die wirtschaftspolitischen Konzeptionen - im Sinne der schlüssigen Verknüpfung von Zielen, Maßnahmen und Institutionen - sind bisher erstaunlich unsensibel in bezug auf die Ökologiediskussion. Von Hoffnungen abgesehen, gibt es bisher keine überzeugenden Ansätze zur:

- systematischen Verknüpfung der Themen Umwelt und Arbeit,
- Ergänzung des wirtschaftspolitischen Zielkataloges,
- Erweiterung der herkömmlichen wirtschaftspolitischen Mittel der Geld- und Kredit- sowie der Finanzpolitik,
- institutionellen Umorganisation der praktischen Wirtschaftspolitik

Wohl gibt es eine Diskussion um die indirekte Änderung des ordnungspolitischen Rahmens der Wirtschaft in Form umweltpolitischer Instrumente, über Umweltabgaben und Umweltlizenzen, über flexible Auflagenlösungen nach ausländischen Vorbildern (wie offset policy, bubble- und netting out-Konzept,

³ „Die vollendetste Form des Selbstbewußtseins der Gesellschaft von ihren ökonomischen Verhältnissen ist die ökonomische Theorie“, in W. Vogt (Hrsg.): Seminar: Politische Ökonomie. Zur Kritik der herrschenden Nationalökonomie, Frankfurt a. M. 1973, S. 19

emission banking usw.⁴) und die Neudefinition von Eigentums- und Verfügungsrechten (der propertyrights-Ansatz).

Man muß also fragen, wie es kommt, daß ein so bedeutsamer Politikbereich wie die Wirtschaftspolitik, der wesentliche Elemente des Umweltproblems erfaßt bzw. erfassen könnte - über die Beeinflussung von Quantität und Qualität der Produktionsfaktoren, über die Steuerung des Produktionsergebnisses, der Quantität und Qualität der Produkte - bisher so wenig sensibel reagiert hat in bezug auf die Entwicklungen in der natürlichen Umwelt, die viele als eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit betrachten.

Beschränkt man sich zunächst nur auf den Bereich der Theoriebildung, so ließe sich ein Bündel an möglichen Erklärungsgründen zusammenstellen:

- die Bedeutung des statischen Gleichgewichtsdenkens,
- die Reduzierung der relevanten Produktionsfaktoren auf die Kategorien Arbeit und Kapital und die Vernachlässigung des „stummen dritten Faktors“ Natur,
- die Verengung der Zielstruktur auf eindimensionale dominante Ziele,
- die Hoffnung auf die Flexibilität von Strukturen und auf (kurzfristig) funktionierende Substitutionsprozesse,
- die Vorliebe zur Externalisierung von Verantwortung auf andere (besonders Politiker und Juristen),
- die disziplinäre Verhärtung und die Abschottung gegen interdisziplinäre Ansätze usw.

Ich möchte des weiteren das Problem der historischen Verflachung der Ökonomie und des Vertrauens in die Relevanz traditioneller Strategievorschläge nennen und dazu einiges ausführen.

3. Traditionelle Strategien der Wirtschaftspolitik

In den meisten Industrieländern - auch in der Bundesrepublik - liegen wirtschaftspolitische Strategieansätze im Streit miteinander, die sich - bei aller notwendigen Differenzierung- auf zwei beherrschende Grundpositionen reduzieren: Neoklassik und Keynesianismus. Beide haben - ein Phänomen für sich - höchst alte Wurzeln: die einen sind fast 200, die anderen inzwischen 50 Jahre alt. (In diesem Sinne zumindest haben Ökonomen das, was gelegentlich anderswo vermißt wird: „historisches Bewußtsein“.) Diese beiden beherrschenden Grundpositionen der Wirtschaftspolitik sollen mit Blick auf die ein-

⁴ Vgl. Hans-Christoph Binswanger: Emissionsrechte als Erweiterung der Eigentumsordnung, in: L. Wegehenkel (Hg.): Marktwirtschaft und Umwelt, Tübingen 1981, sowie derselbe u.a.: Arbeit ohne Umweltzerstörung. Strategien einer neuen Wirtschaftspolitik, Frankfurt a. M. 1983, insbes. S. 209 ff

gangs genannte fehlende ökonomische und ökologische Stabilität kurz charakterisiert werden.

Neoklassische Strategien

Bei der neoklassischen Grundposition steht eine Marktpolitik im Mittelpunkt, die zur Freisetzung der wirtschaftlichen Antriebskräfte und damit zur Dynamisierung des privatwirtschaftlichen Systems führen soll. So sehen der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ und andere Vertreter der neoklassischen Grundposition die Hauptursache der gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme in gestörten *Angebotsbedingungen*. Diese seien vor allem beeinträchtigt durch: eine expansive Lohnpolitik der Gewerkschaften, einen hohen Staatsanteil am Bruttosozialprodukt (BSP), ein Steuersystem, das die investive Verwendung des Einkommens nicht ausreichend begünstige, durch staatliche Regulierung und gerichtliche Blockierung von Großprojekten, was wiederum die allgemeine Investitionszurückhaltung weiter verstärke, sowie allgemein gesehen durch eine Aufweichung der ordnungspolitischen Prinzipien des marktwirtschaftlichen Systems.

Wirtschaftspolitisch ist mithin für die angebotsorientierte Grundposition der Mechanismus „Investitionen-Gewinn-Investitionen“ von entscheidender Bedeutung: durch eine zurückhaltende Lohnpolitik und entsprechende Begünstigung der Gewinneinkommen, durch eine Reduzierung der Staatsquote, durch ein leistungsmotivierendes Steuersystem, durch die Beseitigung staatlicher Regulierungen und durch die Schaffung eines allgemein wachstumsfreundlichen Klimas soll die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation (die Beseitigung der Arbeitslosigkeit) erreicht werden. Dagegen wird ein Bedarf an stärker gestaltenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen verneint, mit Hinweis darauf, daß der Staat nicht über die notwendigen Informationen verfüge, der Markt die beste Institution zur Abwicklung eines erforderlichen Strukturwandels sei usw.

Auch die negativen Folgen (bzw. Voraussetzungen) des Wachstums - insbesondere in Form des „Umweltproblems“ - sind für die Vertreter der neoklassischen Grundposition kein hinreichender Grund für eine kritischere Einschätzung der Leistungsfähigkeit des Marktmechanismus, gelten bestenfalls als Hinweis für die nicht ausreichende Anpassung der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen der Wirtschaft.

Gegen die von der neoklassischen Grundposition vorgeschlagenen wirtschaftspolitischen Strategien lassen sich eine Fülle von kritischen Argumenten vorbringen. Die strikteste Variante - die Behauptung der absoluten Funktions-

fähigkeit der Marktwirtschaft - hat Hajo Riese⁵ als „Selbstneutralisierung der Wirtschaftspolitik“ charakterisiert. Der Abbau der staatlichen Beeinflussung der Wirtschaftstätigkeit kann den Prozeß der Kontraktion von Einkommen, Angebot und Nachfrage möglicherweise gefährlich beschleunigen. Gegen die behauptete Wirksamkeit der staatlichen Begünstigung der Gewinneinkommen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung läßt sich - von verteilungspolitischen Argumenten einmal abgesehen - einwenden, daß zunehmende Gewinne nicht automatisch zu steigenden Investitionen führen. Gegen die behauptete ökologische Effizienz der Marktwirtschaft wird einzuwenden sein, wieso es denn dann das Umweltproblem gibt und daß sich bestimmte „Umweltgüter“ schlicht nicht über den Markt anbieten lassen.

Keynesianische Strategien

Die Nachfragesteuerung spielt im Rahmen der neoklassischen Strategie keine oder bestenfalls eine ergänzende Rolle. Anders beim keynesianischen Grundkonzept - und zwar aus der Überzeugung heraus, daß das marktwirtschaftliche System zur Instabilität neigt, wodurch länger andauernde Arbeitslosigkeit möglich wird, ohne daß im ausreichenden Maße gegenwirkende „Selbsteilungskräfte des Marktes“ mobilisiert werden. Zur Sicherung der Beschäftigung wird folglich eine permanente staatliche Steuerung des Niveaus der *gesamtwirtschaftlichen Nachfrage* erforderlich. Insofern sind für die keynesianische Grundposition einzel- und gesamtwirtschaftliches Kalkül, Privatwirtschaft und ökonomisch aktiver Staat notwendige, sich ergänzende Bestandteile des Wirtschaftssystems.

In bezug auf die Überwindung der Arbeitslosigkeit stellen auch keynesianische Strategien ab auf die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums und die Re-Aktivierung der Industrie. Im Unterschied zur neoklassischen Grundposition setzt die Ursachenerklärung jedoch im wesentlichen bei der mangelnden Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten an: der Maßnahmenkatalog betont die Anhebung der Massenkaufkraft mit Hilfe aktiver Lohnpolitik und beschäftigungsorientierter Haushalts- und Subventionspolitik („kompensatorische Budgets“). Das bedeutet im Grunde den Ausbau, nicht den Abbau der ökonomischen Funktionen des Staates.

Über diese allgemeinen Merkmale hinaus haben die keynesianisch geprägten Strategievorschläge in den letzten Jahren gewisse Ausdifferenzierungen erfahren, insbesondere die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, wobei deren Ausgestaltung zugleich umstritten ist. (Neo-)Keynesianer sind auch

⁵ Hajo Riese, Wirtschaftspolitik unter veränderten historischen Bedingungen in: Frankfurter Hefte Nr. 10, 1979, S.21

zunehmend unbefangen genug, konkrete Bedarfsfelder anzugeben, auf die hin staatliche Wirtschaftspolitik ausgerichtet sein sollte.⁶ Der normative Charakter der im Rahmen keynesianischer Strategien vorgeschlagenen konkreten Aktionsprogramme ist gelegentlich sogar stark ausgeprägt: Man sagt, wie man wirtschaften will oder wirtschaften sollte.

Trotz dieser sich vollziehenden Ergänzung der keynesianischen Grundposition lassen sich im Hinblick auf die unterstellte (bzw. vermutete) Wirksamkeit der entsprechenden staatlichen Aktionsprogramme angesichts der vorliegenden ökonomischen und ökologischen Probleme diverse Kritikpunkte vorbringen:

Keynesianische Globalsteuerung allein ist weder in der Lage, die Struktur der Zielgrößen (Wachstum, Beschäftigung usw.) ausreichend zu bestimmen, noch die negativen Effekte der betreffenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen hinreichend zu kontrollieren. Als unmittelbares Beispiel seien nur die katastrophalen strukturellen Auswirkungen einer allgemeinen restriktiven Geldpolitik genannt. Insbesondere kann auch die Möglichkeit, durch staatlich induzierte Anhebung der Massenkaufkraft Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zugleich zu erreichen, durchaus angezweifelt werden: Aus unternehmerischer Sicht sind Erweiterungsinvestitionen nur sinnvoll, wenn eine dauerhafte Steigerung der Nachfrage zu erwarten ist; staatlich gestützter Nachfrage fehlt diese Sicherheit. Anders ausgedrückt: Konjunkturpolitik ist kurzfristige Politik, mit dem Effekt, daß die (kurze) Zeit der Mehrnachfrage möglicherweise eher intensiv durch Preisanhebung, denn extensiv durch Mengenausweitung genutzt wird.

Keynesianische Wirtschaftspolitik gerät aber vor allem auch angesichts der teils stark vermachteten Märkte in ein Dilemma: Eine staatliche Anhebung der Massenkaufkraft fördert kontra-produktive unternehmerische Abwehrreaktionen, wie Preisanhebung oder auch sogar Produktionsverweigerung, da sie den Unternehmern als Bevorzugung der Lohneinkommen erscheint - und für solche Reaktionen liefern die staatlichen Maßnahmen auch noch den finanziellen Spielraum.

Insofern ist fraglich, ob die bisherigen Strategien (neo-)keynesianischer Wirtschaftspolitik eine tragfähige Grundlage für die langfristige Bewältigung des Beschäftigungsproblems bei gleichzeitiger Reduzierung des Umweltproblems liefern können. Ohne weitere Strukturierung der Ziele, der Instrumente und Institutionen bleibt keynesianische Politik unvollkommen und lückenhaft. Eine weitere Strukturierung aber löst letztlich das keynesianische Paradigma

⁶ Arbeitsgruppe „Alternative Wirtschaftspolitik“: Memorandum. Gegen konservative Formierung - Alternativen der Wirtschaftspolitik, Köln 1980

auf: eine indirekte, globale Nachfragesteuerung in einem ansonsten marktwirtschaftlich funktionierenden System zu sein.

Ein Fazit: Angesichts der vorliegenden wirtschaftlichen Problemkonstellation haben die „Marktpolitik neoklassischer Provenienz“ und die „Keynesianische Politik der aktiven Wirtschaftssteuerung“ ihre je spezifischen Schwächen und Defizite. Beiden Grundpositionen gemeinsam ist eine hohe Präferenz für quantitatives Wirtschaftswachstum; beiden fehlt es dagegen an Sensibilität in bezug auf das Umweltproblem. Ja, man könnte sagen, daß das (fast völlige) Ausblenden der realen ökologischen Veränderungen wie aber auch des gestiegenen Umweltbewußtseins der Bevölkerung geradezu die zentralen Schwächen der traditionellen wirtschaftspolitischen Konzeptionen sind. Auf den Punkt gebracht: Sie schreiben unverdrossen die Trends der Vergangenheit fort. Mit fast kindlicher Naivität wird auf Wachstum und hohe Wachstumsraten gesetzt. Für Trendbrüche haben Traditionalisten, gleich welcher Provenienz, kein Gespür. Trägheit des Denkens also? Ja und Nein zugleich.

4. Ökologische Prinzipien und ökonomische Denkstrukturen

Viele Ökonomen pflegen einen breiten Tabukatalog: Arbeitszeitverkürzung, aktive Beschäftigungspolitik, Technologiekontrolle, ökologische Zukunftsvorsorge u. a. m. gerinnen für viele von ihnen geradezu zu Feindbegriffen. Viele Ökonomen sehen in der Ökologiediskussion eine Fundamentalkritik am bisherigen Wirtschaften. Abschottung ist die konsequente Folge bei Fundamentalkritik - oder bei dem, was man dafür hält. Andererseits müßten fundamentale ökologische Prinzipien leicht ins Ökonomische übersetzbar sein, vor allem die Prinzipien von „Kreislauf“ und „Nachhaltigkeit“.

Beispielsweise macht es wenig Sinn, Getränke in Aluminium-Dosen abzufüllen und diese Dosen nach Gebrauch in den Müll zu werfen, weil die Depo-nien volllaufen und der Platz für sie knapp wird. Neue Dosen werden aus Bauxit hergestellt, was wiederum Energie kostet - etwa zehnmal mehr als das Einschmelzen -und die Umweltbelastung erhöht. In einigen Fällen „rechnet“ sich *Recycling* auch schon nach engen betriebswirtschaftlichen Kriterien: Altglas und Altpapier sind hier gute Beispiele.

In Kreisläufen zu denken, an Wiederverwendung, Bestandserhaltung, Pflege, widerspricht einer auf schnellen Durchsatz angelegten Wirtschaft. Eine diesbezügliche Wirtschaftspolitik aber gerät, wenn nicht kurz- so doch mittelfristig in das Dilemma, zunehmendes monetäres „Einkommen“ gegen abnehmendes reales „Naturkapital“ einzutauschen - und letzteres nicht einmal zu registrieren, weil das herkömmliche Rechnungswesen hinreichende Kriterien für die Messung von Substanzverlusten nicht aufweist. Eine solche Wirtschafts-

politik stabilisiert (bestenfalls) ökonomische Strömungsgrößen, nicht aber ökologische Bestandsgrößen!

Hier könnte die Wiederentdeckung eines anderen ökologischen Prinzips von Nutzen sein: das der *Nachhaltigkeit*. Forstbesitzer haben sich lange Zeit erfolgreich danach gerichtet, „nicht mehr Holz zu schlagen als nachwächst“. Doch dieses Prinzip scheint nur bei regenerierbaren Ressourcen anwendbar zu sein - und auch dort ist seine Effektivität gestört: Wenn natürliche Kreislaufprozesse durch technisch und produktspezifisch bedingte Schadstoffe beeinträchtigt werden, ist das ökologische Prinzip der Nachhaltigkeit nicht mehr ohne weiteres gewährleistet. Extern produzierter „saurer Regen“ macht intern betriebene Bestandserhaltung zunichte; das Prinzip der Nachhaltigkeit des (privaten) Wald-Kapitals wird durch das der indirekten Enteignung in Form des (öffentlich erlebten) Wald-Sterbens ersetzt.

Das ökologische Prinzip der Nachhaltigkeit wird zudem in der Praxis allzu häufig in Routine pervertiert: Weil es Straßenbau-Ämter gibt, wird „nachhaltig“ Straßenbau betrieben; weil es Wasserbau-Ämter gibt, wird Wasserbau betrieben - selbst wenn der Bedarf nach Straßen und Wasserstraßen längst gedeckt ist. Solche Formen von „Nachhaltigkeit“ und „Kreislauf“ können nicht gemeint sein, wenn Ökologen von ökologischen Prinzipien für ökonomische Prozesse sprechen!

Neben der beschriebenen Trägheit der Ökonomen und des ökonomischen Denkens gibt es erfreulicherweise auch geistige „Beweglichkeit“ und wirtschaftspolitische „Flexibilität“. Diesen beiden Prinzipien will ich mich im folgenden zuwenden.

5. Ansätze zur ökologischen Orientierung der Wirtschaftspolitik

Die Kritik an der neoklassischen und der keynesianischen Grundposition hat sich entfaltet, weil die praktische Wirtschaftspolitik (a) beschäftigungsloses Wachstum nicht verhindert und (b) umweltverträgliches Wachstum nicht garantiert hat. Die „Enge“ des Zielkataloges wird in Frage gestellt, neue Zielkategorien werden bestimmt. Die „Leere“ des Maßnahmenkataloges wird aufgedeckt, neue Maßnahmen werden vorgeschlagen.

Wassily Leontief, Nobelpreisträger der Ökonomie, hat die Leere des wirtschaftspolitischen Maßnahmenkataloges kürzlich wie folgt umschrieben: „Ich glaube nicht, daß auf lange Sicht ein modernes kapitalistisches Wirtschaftssystem gut funktionieren kann, wenn man die ganze Sache im wesentlichen nur mit zwei Variablen reguliert, mit dem *Zinssatz* und mit dem *Defizit im Staats-*

haushält... Wir müssen lernen ... in längerfristigen Zusammenhängen zu denken. Viele Entscheidungen führen nicht zu den erwarteten Resultaten, weil die theoretischen Ausgangsmodelle zu einschichtig sind.⁷ Differenzierte Regulation, Langzeitdenken und Vielschichtdenken sind also gefordert. Wie könnte eine Wirtschaftspolitik aussehen, die diesen (ökologischen) Anforderungen entspricht bzw. besser entspräche? Was sind die Umriss einer praktischen ökologischen Wirtschaftspolitik?

Leitvorstellungen

Ausgesprochen oder unausgesprochen beruht die bisherige Wirtschaftsweise und die sie steuernde Wirtschaftspolitik auf der Leitvorstellung der Erhöhung (bzw. Maximierung) von Strömungsgrößen, wie Produktionsvolumen und Einkommen. Kenneth Boulding⁸ hat das vor rund fünfzehn Jahren auf den Begriff gebracht: „Throughput economy“ - Durchlaufwirtschaft. Nicht unbeeinflusst von den Ereignissen jener Tage hat er diesen mit einem Gegenbegriff konfrontiert: „spaceship economy“ - Raumschiff Ökonomie.

Der Raumfahrt und der für sie notwendigen Technologie stand Boulding vermutlich eher skeptisch gegenüber. Doch was ihm als neues Paradigma vorschwebte, war die Kombination von Effizienz und Kapitalerhaltung (Bestandsgröße): Wenn man denn in einem „Raumschiff“ sitzt, sollte man mit seinen Kräften möglichst sparsam haushalten.

Um die Leitvorstellungen in eigene Worte zu fassen: Für eine stärkere Berücksichtigung ökologischer Belange in der Wirtschaftspolitik müssen verschiedene allgemeine Gesichtspunkte mehr als in der Vergangenheit in die praktischen Entscheidungsprozesse einbezogen werden:

- Im Sinne des Vorsorgeprinzips muß Wirtschaftspolitik auf die Umweltverträglichkeit des Wirtschaftens ausgerichtet werden und für ressourcensparende und ressourcenschonende Lösungsalternativen sorgen.
- Im Interesse der langfristigen Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen ist der Durchlauf von Ressourcen durch das Wirtschaftssystem so gering wie möglich zu halten; dezentrale Strukturen von Produktion und Konsum erhalten größere Bedeutung.
- Die Wirtschaftspolitik bedarf der Steuerungsmechanismen, die einen umweltentlastenden Strukturwandel, eine „ökologische Modernisierung der Wirtschaft“, insbesondere eine weitreichende Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourceneinsatz bzw. Umweltbelastung bewirken.

⁷ Ausweg: Weniger arbeiten. FR-Gespräch mit Nobelpreisträger Leontief, in: Frankfurter Rundschau, 2. 11. 1983, S. 13

⁸ Vgl. Kenneth Boulding, The Economics of the Coming Spaceship Earth, in: Global Ecology, New York u. a. 1971, S.180-187

Zieldiskussion

Die allgemeine Wachstumskritik, die in den 70er Jahren einsetzte, hat eine neue wirtschaftspolitische Zielkategorie entstehen lassen: „*qualitatives Wachstum*“. Ansatzpunkt dieser Zieldiskussion war die Kritik am herkömmlichen Wachstumsbegriff, der die Zunahme der Summe der marktgängigen Güter und Dienstleistungen (reales BSP) meint und eine Parallelität von Wirtschaftswachstum und Steigerung der Wohlfahrt der Bevölkerung unterstellt. Diese Kritik weist nach, daß dieses Parallelitätsaxiom unter den gegebenen Bedingungen nicht gilt. Traditionell gemessenes Wirtschaftswachstum kann nicht qualitatives Wachstum sein, weil das herkömmliche betriebs- und volkswirtschaftliche Rechnungswesen unvollständig ist und fehlerhafte Bewertungen aufweist. Aus dieser Überlegung heraus sind Kriterien für ein qualitatives Wachstum entwickelt worden: die Kriterien der „*Umweltverträglichkeit*“, der „*Beschäftigungs- und Sozialverträglichkeit*“, der „*Verteilungsgerechtigkeit*“ des Wirtschaftens. Durch eine derart erweiterte Verträglichkeitsprüfung bzw. multi-dimensionale Zieldefinition soll der Wirtschaftsprozess qualitativ bestimmt werden; die danach resultierende Zunahme des Sozialprodukts („Wirtschaftswachstum“) ließe sich dann als qualitativ bezeichnen.

Für die verschiedenen wirtschaftlichen Entscheidungsebenen sind hierzu inzwischen entsprechende Meß- und Steuerungskonzepte entwickelt worden: Die „*Ökobilanz*“ (ökologische Buchhaltung) und die „*Sozialbilanz*“ auf der betrieblich-institutionellen Ebene, die „*Umweltverträglichkeitsprüfung*“ (UVP) auf der Projekt- und Programmebene, die „*Wohlfahrtsbilanz*“ (Revision und Ergänzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene. Solche neuen Bilanzierungsmethoden setzen den Markt als Entscheidungssystem nicht außer Kraft, qualifizieren jedoch seine Ergebnisse. Sie bieten (unternehmensinterne, projektbezogene bzw. gesamtwirtschaftliche) Entscheidungshilfen, stellen Information für die Öffentlichkeit bereit und liefern damit Ansätze zur Förderung einer qualitativen Entwicklung der Wirtschaft im Sinne des (wirtschafts-)politischen Imperativs: „Entscheiden - was wachsen soll!“

Parallel zu dem Vorschlag zur Einführung und Anwendung neuer Bilanzierungsmethoden sind auch Ideen zur Neuformulierung des gesamtwirtschaftlichen Zielkataloges in der Diskussion. Ausgehend von der Auffassung, daß die Lösung der anstehenden ökonomischen und ökologischen Probleme grundsätzliche Veränderungen im Wertesystem der Gesellschaft voraussetzt, die langfristige Sicherung der Lebensgrundlagen bisher aber weder in der Theorie noch in der Praxis als explizites Ziel der Wirtschaftspolitik begriffen wird, entstand die Forderung nach Erweiterung des gesamtwirtschaftlichen Zielkataloges durch ein neues Ziel: „*Umweltstabilisierung*“.

Auf welche Weise und mit welcher Konsequenz die „Umweltstabilisierung“ neben der Beschäftigungs- und der Preisstabilisierung in den Zielkatalog der Wirtschaftspolitik (*Stabilitätsgesetz*) aufgenommen werden könnte - bzw. wie neben der Kontrolle von Kartellen und marktbeherrschenden Unternehmen eine „Kontrolle von rohstoffverschwendenden und umweltbelastenden Unternehmen“ zur Aufgabe einer dem Wirtschaftsministerium nachgeordneten Behörde (*Kartellgesetz*) werden könnte - dies sind aber noch weitgehend offene, zum Teil nicht einmal an diskutierte Fragen.

Andiskutiert ist jedoch die Frage der Verankerung des Umweltschutzes im Grundgesetz bzw. in den Länderverfassungen. Langfristig gesehen gibt es kein Grundrecht auf Leben ohne eine gesunde natürliche Umwelt. Auf dieser Überlegung basiert der jüngst unterbreitete Vorschlag der Sachverständigenkommission „Staatszielbestimmung/Gesetzgebungsaufträge“, den Umweltschutz als Ziel staatlichen Handelns im Grundgesetz zu verankern. Verbunden mit dieser Forderung einer verfassungsrechtlich zu gebietenden Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ist die Hoffnung auf daraus entstehende weitere spezielle Impulse für die Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung - und damit auch für die staatliche Wirtschaftspolitik.

Maßnahmendiskussion

Die traditionelle Wirtschaftspolitik kennt im wesentlichen nur zwei „Instrumentenkästen“: Geldpolitik und Finanzpolitik. Diese Instrumentenkästen haben im Zeitablauf gewisse Verfeinerungen erfahren. In Stichworten: differenzierte Geldmengenziele, Potentialbudgets, Eventualhaushalte und andere teils theoretische, teils praktische Ausfäucherungen der Geld- und Finanzpolitik. Andererseits ist eine eigentliche Strukturierung nicht erfolgt:

- Die Zinspolitik bleibt global; es gibt offiziell keine branchen-, regionen- oder güterspezifische Zinspolitik der Notenbank.
- Die Zulässigkeit von staatlichen Budgetdefiziten wird im wesentlichen an einem globalen Kriterium gemessen: Konsum- oder Investitionsausgaben, obwohl der Konsens über diese Grundbegriffe der Ökonomie immer brüchiger wird. Der Grundgesetzartikel, der Budgetdefizite erlaubt, ist gedehnt, aber nicht hinreichend differenziert worden.

Wenn und in dem Maße wie man in der gegenwärtigen Krisenkonstellation strukturelle Probleme, insbesondere auch eine Umweltkrise sieht, sind Geld- und Finanzpolitik in ihrer bisherigen unspezifischen Form und in bezug auf unser Thema letztlich nicht zielführend: Ihr übergeordnetes Ziel ist die Wie-

dergewinnung und Fortsetzung des quantitativen Wirtschaftswachstums, sei es über eine Stimulierung der Nachfrage, sei es über eine Verbesserung der Angebotsbedingungen; die Belastung der natürlichen Umwelt ist und bleibt ausgeblendet. Wenn aber Arbeitslosigkeit und Umweltbelastungen strukturelle Probleme sind - wie man inzwischen doch überall hört -, reicht dann das Vertrauen auf allgemeine wirtschaftsbelebende Maßnahmen aus?

Die Richtung für notwendige wirtschaftspolitische Innovationen wird damit erkennbar: Eine ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik folgt nicht nur anderen Leitvorstellungen und Zielsetzungen, sie benötigt auch eine stärkere Differenzierung der „Instrumentenkästen“; sie erfordert die Auffüllung mit und die praktische Nutzung von zusätzlichen Instrumenten - und hier vor allem, wie mir scheint, der Arbeitspolitik und der Technologiepolitik. Zunächst jedoch noch einige Bemerkungen zur Geld- und Finanzpolitik.

Das Dilemma der *Geldpolitik* besteht darin, daß sie zwischen der Stabilisierung der Geldmenge - im Sinne ihrer beschränkten Ausweitung - und der Stabilisierung eines möglichst niedrigen Zinses hin und her pendelt. Die Festlegung eines bestimmten Geldmengenziels dient vor allem der Preisstabilisierung, während mit der Zinsstabilisierung vor allem das Wiedererreichen der Vollbeschäftigung anvisiert wird. Diese Ausrichtung der Geldpolitik führt dazu, daß in Zeiten akuter Inflationsgefahr die Restriktion der Geldmengenausweitung und in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit die Zinssenkung im Vordergrund steht. Diese Reaktionsweisen des „stop and go“ sind aber losgelöst von dem Umweltproblem: es wird gar nicht (oder nur höchst indirekt) angesprochen, seine Beeinflussung (positiv oder negativ) ist ein nicht gewolltes Nebenprodukt der Geldpolitik.

Ähnlich lautet das Fazit in bezug auf die *Finanzpolitik*, die, wenn sie der keynesianischen Regel folgt, je nach Konjunkturlage zwischen Brems- und Beschleunigungsmanövern hin und her pendelt. Wie aber könnte die Wirtschaftspolitik nicht nur auf das Preis- und Beschäftigungsproblem, sondern auch auf die Bewältigung des Umweltproblems hin ausgerichtet werden?

Zur Umweltstabilisierung und zur allgemeinen Ressourceneinsparung sollten spezielle geld- und finanzpolitische Instrumente geschaffen werden. Das Instrument des Vorzugskredits gibt es schon in verschiedener Weise, so daß es hier vor allem darum ginge, positive Vorbilder auf die neue Situation zu übertragen und anzuwenden. Auch im Bereich von Steuern und Abgaben gibt es historisch und im internationalen Vergleich betrachtete interessante Ansätze; hier gälte es jedoch, systematisch nach Ergänzungen und Verbesserungen Ausschau zu halten. Alle entsprechend vorzuschlagenden Instrumente stehen aber

unter dem Vorbehalt der Überprüfung ihrer ökologischen Wirksamkeit und ökonomischen Effizienz.

Praktische Beispiele:

- Umwelt-Obligationen analog zu Pfandbriefen, die mit günstigen Konditionen ausgestattet werden.
- Umwelt-Kredit-Garantien, von Seiten der verschiedenen Körperschaften der öffentlichen Hand oder speziellen Bürgschaftsgenossenschaften, zur Reduzierung des Schuldnerisikos.
- Umweltorientiertes Steuersystem, im Sinne des Abbaus von Mechanismen, die den Umweltverbrauch forcieren und des Aufbaus von Mechanismen, die ihn stabilisieren und reduzieren (Beispiele: Verpackungssteuer, Waldpfennig, Umweltabgabe).
- Staatliches Umwelt- und Beschäftigungsprogramm als Paket von steuerlichen Anreizen und direkten Zuschüssen.
- Sondervermögen Umwelt und Beschäftigung als (staatliches) Stiftungsvermögen zur Förderung von integrierten Pilotprojekten.
- Ausweitung der „medial“ ansetzenden Abgaben (wie: Schadstoffabgaben, Abfallabgabe, Lärmabgabe usw.) in Anlehnung an die Konditionen der vorhandenen Abwasserabgabe und unter Einbeziehung der Erfahrungen mit erfolgreichen ausländischen Beispielen.
- Erweiterung des gegebenen umweltpolitischen Instrumentariums (hier nur zu erwähnen, soweit es geld- oder finanzpolitische Aspekte aufweist).

Arbeitspolitik und Technologiepolitik

Ansatzpunkte alternativer wirtschaftspolitischer Strategien liegen - so wurde oben argumentiert - nicht nur in der Neubewertung der Ergebnisse des Wirtschaftens, der stärkeren Qualifizierung der Ziele, sondern auch in der Neubestimmung wirtschaftspolitischer Instrumente und in der Neubetrachtung von Ziel-Mittel-Bereichen. In diesem Zusammenhang ist zwei Bereichen eine besondere Bedeutung zuzumessen: „Arbeit“ und „Technologie“. In den letzten Jahren hat die *technologische Entwicklung* eine umfassende Neubewertung erfahren; unter den veränderten wirtschaftlichen Bedingungen hat in jüngster Zeit das Thema *Arbeitszeit* große Aufmerksamkeit erhalten.

Vorweg sei aber gesagt: Reduzierung der Arbeitszeit, Humanisierung des Arbeitsplatzes, Technologiekontrolle usw. sind legitime politische Ziel-Mittel-Bereiche. Man sollte sagen, daß man das will. Dazu bedarf es nicht einer besonderen wirtschaftspolitischen Legitimierung. Daneben und darüber hinaus aber erhalten Arbeitszeit- und Technologiepolitik unter den gegebenen bzw. sich abzeichnenden Bedingungen ein besonderes Gewicht: Sie sind sehr wohl wirtschaftspolitisch instrumentalisierbar.

Bisher waren beides keine eigentlichen Aktionsbereiche der Wirtschaftspolitik. Trotz jahrelanger Diskussion über *Arbeitszeitverkürzung* hat die offizielle Wirtschaftspolitik in dieser Frage bisher keine positive Initiative ergriffen, sondern nur Gegenpositionen aufgebaut. Für die meisten Ökonomen ist dies sogar regelrecht ein Tabuthema. Der Sachverständigenrat hat es bis vor kurzem geflissentlich umgangen oder zum „politischen Thema“ erklärt. Diese Einengung ökonomischen Handelns hat ihren Preis: Trugschlüsse, Immunisierung gegen gesellschaftlichen Wertwandel, Verkennen von integrierten Lösungen usw.

In den meisten Lehrbüchern der Ökonomie taucht *Technologie* weiterhin nur als Restgröße auf. Die staatliche Wirtschaftspolitik wiederum erklärt sich im Grunde als nicht zuständig, schiebt die Sozialpartner (Tarifautonomie) und alte Gesetze (Arbeitszeitverordnung) vor, oder gibt die Kompetenz an andere Ressorts ab. Es ist also schwierig bis unmöglich, Arbeitspolitik und Technologiepolitik bereits als integrale Bestandteile der Wirtschaftspolitik zu bezeichnen.

Dennoch: Was die mögliche wirtschaftspolitische Quintessenz angeht, läßt sich sagen, daß die Diskussion um die Voraussetzungen und die Konsequenzen neuer technischer Entwicklungen inzwischen zu konkreten Vorschlägen über die notwendige Steuerung des technischen Wandels im Sinne sozial, ökonomisch und ökologisch besser angepaßter Technologien geführt hat. Es gibt zwar bisher noch kein allgemein akzeptiertes Verfahren einer „*Technologie-Folgenabschätzung*“ (TFA) und *Technologie-Bewertung*, aber es gibt eine Fülle von Beispielen und Erfahrungsberichten zu ihrer konkreten Ausgestaltung und Institutionalisierung, und zwar innerhalb wie außerhalb der staatlichen Verwaltung.

Ähnlich kontrovers wie die Frage der Steuerung der technologischen Entwicklung ist auch die Diskussion um die wirtschaftspolitische Aktivierung der *Arbeitszeit*. Parallel zur Forderung nach einem „Recht auf Arbeit“ und verbunden mit dem Anspruch auf „Humanisierung der Arbeit“ sind zahlreiche Vorschläge zu einer Reduzierung und Umverteilung des Arbeitsangebotes entstanden: Senkung der Lebens-, der Jahres- oder der Wochenarbeitszeit; Einführung der 35-Stunden-Woche; Zuschlagspflicht für Überstunden usw. Die Reduzierung der Arbeitszeit kann als ein eigenständiges politisches Ziel begriffen werden. Sie hat jedoch auch vielfältige ökonomische Begründungen erfahren - unter anderem auch mit dem Argument des Mangels an freier Zeit, der für den Konsum der produzierten Güter zur Verfügung steht: Die Zeit, in der ein Konsumgut hergestellt wird, läßt sich im Durchschnitt sehr viel weiter verringern, als die Zeit, die für den Konsum eines Gutes erforderlich ist.⁹

⁹ Vgl. S.B. Linder: Warum wir keine Zeit mehr haben. Das Linder-Axiom, Frankfurt a. M. 1973

Die Schätzung der Höhe des positiven Beschäftigungseffektes einer aktiven Arbeitszeitverkürzung ist - wie allgemein bekannt - höchst umstritten. Er hängt u. a. ab von der konkreten Form der Arbeitszeitverkürzung, den gegebenen Betriebs- und Arbeitsstrukturen, dem Zeitpunkt, der bei der Einschätzung der Wirkungen gewählt wird - und natürlich auch vom politischen Durchsetzungswillen. Man kann feststellen, daß der positive Beschäftigungseffekt arbeitszeitverkürzender Maßnahmen als um so *geringer* eingeschätzt wird, je *stärker* man einer Lösung der anstehenden Beschäftigungsprobleme durch rasches quantitatives Wirtschaftswachstum anhängt - und umgekehrt: daß er mit zunehmender Skepsis in bezug auf zukünftig mögliches Wirtschaftswachstum größeres Gewicht erhält.

Institutionelle Ergänzung der Wirtschaftspolitik

„Krisen kommen, Hoffnungen gehen - Institutionen bleiben bestehen.“ Es fällt nicht schwer, eine solche Charakterisierung der Trägerschaft staatlicher Wirtschaftspolitik vorzubringen - trotz des Hochs an Umweltproblemen und des Tiefs an Beschäftigung. Es wurden Umweltgesetze erlassen und Institutionen gegründet, aber hat sich inzwischen auch die Trägerschaft der Wirtschaftspolitik „ökologisiert“?

Ich kann zu dieser Frage hier nur kurze (verkürzte) Ausführungen machen. Damit eine ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik möglich wird, muß man auch über die institutionelle Basis der herkömmlichen Wirtschaftspolitik nachdenken, muß vorhandene Institutionen umpolen, veraltete aufgeben und eventuell neue schaffen. Dieser Gedanke dürfte jenen nicht gefallen, die für mehr Markt und gegen mehr Staat sind. Er muß jedoch nicht jenen mißfallen, die für einen *besseren* Markt und einen *besseren* Staat sind. Unglücklicherweise stehen wir vor einer schwierigen Aufgabe und „die Zukunft hat keinen Wahlkreis“. Es müssen also Vorkehrungen getroffen werden, damit die Chancen der zukünftigen Generationen besser geschützt und bei den Entscheidungen der heutigen stärker berücksichtigt werden: „Simulation zukünftiger Präferenzen durch neuartige Institutionen“ - so oder ähnlich sollte nicht nur ein Forschungsprojekt über ökologische Wirtschaftspolitik lauten!

Zu diesem Zweck gewinnt die Verbreitung von Wissen über zukünftig mögliche Umweltprobleme und wahrscheinlich eintretende Konflikte zwischen Ökologie und Ökonomie ein besonderes Gewicht. Dabei muß nicht nur von Übel sein, daß die eigene (individuelle, regionale, nationale) ökologische Situation nicht mehr isoliert betrachtet und behandelt werden kann, weil die Ausbreitung von Umweltproblemen nicht am Gartenzaun oder der Grenze haltmacht. Denn ohne ein allgemein zunehmendes ökologisches Verständnis („Umweltlernen“) und ohne breite Unterstützung aus allen gesellschaftlichen

Bereichen, werden einzelne Vorschläge zu einer ökologischen Orientierung der Wirtschaftspolitik nicht weit führen.

Praktische Beispiele:

- Bildung einer Enquete-Kommission „Ökologische Indikatoren“ (Umweltstabilität) und „Ökologisches Steuersystem“ usw.
- Bestehende wirtschaftspolitische Institutionen orientieren sich an ökologischen Fragestellungen: Wirtschafts- und Landwirtschaftsministerien, Bundesbank, Bundeskartellamt, Statistisches Bundesamt, Sachverständigenrat usw.
- Bestehende Umweltinstitutionen erfahren einen Kompetenzzuwachs: Aus dem relativ kompetenzarmen Umweltbundesamt wird ein kompetenzreicheres Bundesumweltamt usw.
- Bestehende Einrichtungen der Technologiebewertung erreichen Umweltkompetenz: Gewerbeaufsichtsämter erhalten Umweltschutzbeauftragte; Umweltschutzbeauftragte in Unternehmen werden zu Ombudsmännern; TÜV und Polizei kontrollieren nicht nur Bremsen und Blinklicht des Autos, sondern Zündeneinstellung und Abgase usw.
- Bestehende Einrichtungen der Produktbewertung erhalten die Kompetenz zur ökologischen Bewertung der Produktionsprozesse: Aus der „Stiftung Warentest“ wird eine „Stiftung Unternehmenstest“ usw.
- „Umweltlernen“ wird zu einer gesamtgesellschaftlichen Tätigkeit.

6. Eine Schlußbemerkung

„Erst wenn man die Gesamtwirklichkeit neu ordnet, kommt man zu anderen ökonomischen Ansätzen“.¹⁰ Diese These Erhard Epplers kann man in bezug auf unser Thema wie folgt anwenden: Die Gesamtwirklichkeit der praktizierten - ökonomisch und ökologisch unzureichenden - Wirtschaftspolitik besteht aus bestimmten Leitvorstellungen, definierten Zielen, ausgewählten Instrumenten und festgefügt Institutionen. Man muß daher die Leitvorstellungen, die Ziele, die Instrumente und die Institutionen ändern, wenn aus der bisherigen Wirtschaftspolitik eine erfolgreiche, ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik werden soll.

¹⁰ Erhard Eppler: Wege aus der Gefahr, Reinbek bei Hamburg 1981, S. 112